



Edelgard Bulmahn
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin a. D.

BürgerInnenbüro
Limmerstraße 23
30451 Hannover
Tel: (0511) 45 36 38
Fax: (0511) 9 24 57 10
Email: edelgard.bulmahn@wk.bundestag.de
www.edelgard-bulmahn.de

Hannover, 25. November

Pressemitteilung

Soziale Stadt-Projekte in Hannover sind gefährdet – von der Leyen stimmt Kürzung der Haushaltsmittel zu

In der Haushaltsberatung vom vergangenen Dienstag hat die SPD von der Regierung gefordert, die Kürzung der Städtebauförderung, insbesondere des Programms Soziale Stadt, zurückzunehmen. In namentlicher Abstimmung lehnten alle Abgeordnete der Koalitionsfraktionen diesen Antrag ab. Es bleibt damit bei der Kürzung des Programms Soziale Stadt von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro, also um rund zwei Drittel der Mittel.

Die Städtebauförderung insgesamt wird im Haushalt 2011 um 155 Millionen auf 455 Millionen Euro gekürzt. Am stärksten betroffen ist das Programm Soziale Stadt, das zugleich auf bauliche Maßnahmen beschränkt werden soll. „Für Hannover sind das schlechte Nachrichten: die Fortführung der Sozialen Stadt in Hainholz, Vahrenheide und auf dem Mühlenberg sind gefährdet“, so die ehemalige Bildungsministerin Edelgard Bulmahn.

„Die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP werden den Bürgermeistern, den Quartiersmanagern und den Menschen hier im Wahlkreis erklären müssen, warum erfolgreiche Soziale Stadt-Projekte in Hannover nun ohne Perspektive sind.“

Edelgard Bulmahn sieht in der Kürzung von Sozialer Stadt und seiner Beschränkung auf Baumaßnahmen das faktische Aus für das Bund-Länder-Programm, das seit 1999 bauliche mit sozial-integrativen Maßnahmen verknüpft hat und Bewohnerinnen und Bewohnern an der Verbesserung ihres Lebensumfelds beteiligt. Die

Evaluation des Programms 2004 habe gezeigt, dass es nur so gelingen kann, die Lebenssituation der Menschen in sozialen Brennpunkten zu verbessern. „Die Regierung hat nicht begriffen, dass allein Investitionen in Beton nicht ausreichen, um eine Ghettobildung zu verhindern. Denn wenn der soziale Kitt nicht hält, sind auch Investitionen in Gebäude und Wohnumfeld in den Sand gesetzt“, kritisiert Bulmahn.

„Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen 10 Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert haben und in Quartiersräten und Nachbarschaftinitiativen mitgearbeitet haben“, so die ehemalige Bildungsministerin.